

Antrag

der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Irmer, Ina Albowitz, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Die russische Exklave Kaliningrad/Königsberg unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union und die Perspektive einer möglichen weiteren Öffnung der NATO stellen die Exklave Kaliningrad/Königsberg vor schwierige Herausforderungen, eröffnen aber auch Chancen. Mit der EU-Osterweiterung wird die Region nicht nur zum Bindeglied zwischen Europa und Russland, sie gewinnt auch im Rahmen der vom Kölner EU-Gipfel im Juni 1999 beschlossenen „Nördlichen Dimension“ der EU eine besondere Bedeutung für den gesamten Ostseeraum.

Nach anfänglichem Zögern hat die neue russische Regierung Konsequenzen aus der sich abzeichnenden Entwicklung gezogen und die Exklave zur Pilotregion für die Entwicklung einer regionalen Zusammenarbeit mit der EU erklärt. Jüngste Äußerungen von Präsident Wladimir Putin zeigen, dass er Kaliningrad nicht lediglich als militärischen Vorposten Moskaus sieht, sondern bereit ist, dort ein liberales Wirtschaftsmodell in Verbindung mit Sonderbeziehung zur EU zu etablieren. Bereits 1996 war das gesamte Kaliningrader Gebiet zur Sonderwirtschaftszone erklärt worden, um Standortnachteile durch Steuer- und Zollvergünstigungen aufzuwiegen. Mit Litauen und Polen wurde der visafreie Reiseverkehr für Kaliningrader Bürger eingeführt. Allerdings hat die Einrichtung der Sonderwirtschaftszone angesichts einer unbeweglichen Bürokratie, fehlender Investitionen und öffentlicher Fördermittel, aber auch auf Grund von Korruption und Kriminalität nicht zu dem erhofften Aufschwung geführt. Die Exklave leidet bis heute an ihrem sowjetischen Erbe. Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme der Region sind auch 11 Jahre nach dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa enorm. Die Industrieproduktion tendiert gegen Null, die Landwirtschaft liegt brach, Infrastruktur und Logistik sind kaum entwickelt, Schifffahrt- und Hafenbetrieb sind fast zum Erliegen gekommen, Lebensmittel, Rohstoffe und Energie werden aus Russland oder den Nachbarländern eingeführt.

Im Rahmen der bevorstehenden EU-Erweiterung müssen dringend regional angepasste Lösungen gefunden werden. Insbesondere die Gestaltung des Schengener Abkommens an den Außengrenzen einer erweiterten Union zur Exklave Kaliningrad/Königsberg, stellt die europäisch-russische Zusammenarbeit vor große Herausforderungen. Falls keine Sonderregelung vereinbart werden kann, werden die Kaliningrader nach dem EU-Beitritt Polens und Litauens ein Visum beantragen müssen, wenn sie das russische Hauptland auf dem Landweg besuchen wollen. Bereits jetzt behindern extrem lange Wartezeiten an den Grenzen den Warenverkehr, wodurch die Attraktivität des einzigen eisfreien russischen Ostseehafens weiter beeinträchtigt wird. Neben der Visaproblematik würde nach einem EU-Beitritt Polens und Litauens auch der regionale Handel erheblich weiter erschwert werden, da Kaliningrad kaum in der Lage sein wird, technische und ökologische Normen der EU, etwa im Bereich der für die Kaliningrader Wirtschaft wichtigen Fischverarbeitungsindustrie, zu übernehmen. Ziel der gemeinsamen Anstrengungen muss es daher sein, die Exklave zu einer Brücke Russlands nach Europa auszubauen. Kaliningrad wird so zum Testfall für die zukünftige europäisch-russische Zusammenarbeit. Keine andere Region Russlands verfügt auf kleinstem Raum über eine Vielzahl von Grenzübergängen zu Ländern, die in absehbarer Zeit Mitglieder der Europäischen Union werden und überdies über eine Anbindung an das europäische Normalspur-Schiennetz.

Die EU-Kommission hat dem Rat Mitte Januar 2001 ein Diskussionspapier über die künftige Gestaltung der Beziehungen zur Exklave Kaliningrad zur internen Abstimmung vorgelegt. Die europäische Zusammenarbeit mit Russland darf sich aber nicht auf Absichtserklärungen und Studien beschränken. Sie muss konkrete Strategien erarbeiten und auch umsetzen, um die ansonsten drohende Isolierung der Region mit den daraus entstehenden Folgen für eine weitere Verarmung, für organisierte Kriminalität, Waffenhandel und politische Instabilität zu vermeiden. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Rahmen der „Nördlichen Dimension“ und des Ostseerates bietet die besten Voraussetzungen zur Intensivierung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen Kaliningrads zu seinen Nachbarn und zum Abbau noch vorhandenen Misstrauens. Die Bundesregierung ist im Rahmen ihrer gegenwärtigen Ostseeratspräsidentschaft gefordert, hier eigene Initiativen zu entfalten. Es ist offensichtlich, dass sich alle genannten Probleme nur mit dem Einverständnis Moskaus lösen lassen. Die russische Regierung muss daher eng in die Planungsprozesse auf allen Ebenen mit einbezogen werden. Hierzu gehört auch die intensive Auseinandersetzung mit dem von russischer Seite vorgeschlagenen „besonderen Abkommen“ mit der Union sowie die Beteiligung Russlands an der weiteren Verfolgung des vom EU-Rat in Feira im Sommer 2000 beschlossenen „Aktionsplanes“ der „Nördlichen Dimension“ der EU.

Eine stärkere Anbindung an europäische Strukturen ist jedoch nicht nur aus wirtschaftspolitischer Sicht, sondern auch unter dem Gesichtspunkt erforderlich, dass das Kaliningrader Gebiet über die einzige russische Grenze mit einem NATO-Staat verfügt und bei einer zukünftig möglichen weiteren Öffnung der NATO auch für die baltischen Staaten von der NATO-Grenze umgeben sein wird. Entsprechend wird die strategische Bedeutung Kaliningrads für Moskau weiter ansteigen.

Vor dem Hintergrund der besonderen geschichtlichen Verantwortung Deutschlands müssen die europäischen Bemühungen zur Einbindung der Exklave Kaliningrad/Königsberg in die europäischen Strukturen auch durch bilaterale Initiativen ergänzt werden. Dies betrifft u. a. ein stärkeres Engagement für deutsche Investoren, den Ausbau und Erhalt der Bahnstrecke Königsberg – Berlin, Universitäts- und Schulpartnerschaften wie auch Maßnahmen zur Förderung des Deutsch-Russischen Hauses in Kaliningrad/Königsberg und zur Unterhaltung

der deutschen Soldatenfriedhöfe. 1 250 km von Moskau und nur 600 km von Berlin entfernt gelegen, könnte sich Kaliningrad zur Drehscheibe für Handel und Transport zwischen Russland und der erweiterten Union und zum Bindeglied zwischen Russland und NATO im Rahmen eines gemeinsamen europäischen Sicherheitsraumes entwickeln. Doch es muss schnell gehandelt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gegenüber den EU-Partnern und der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft auf einen Ausbau und eine Vertiefung der EU-Russland-Strategie hinzuwirken, die kurzfristig auf eine rasche Lösung der im Zuge der EU-Osterweiterung auftretenden Probleme für die Region Kaliningrad/Königsberg abzielt und mittelfristig eine Anbindung der Exklave an europäische Strukturen mit dem Ziel eines gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialraumes anstrebt;
2. sich in diesem Rahmen für eine zügige Implementierung des Aktionsplans der „Nördlichen Dimension“ der Europäischen Union einzusetzen;
3. dabei Projekten der „Nördlichen Dimension“ zur Förderung der „positiven Interdependenz zwischen der Union, Russland und dem Ostseeraum“ Vorrang einzuräumen. Hierzu gehören Programme zur technischen Hilfe bei der Zusammenarbeit im Zollwesen ebenso wie die Verwaltungsschulung und die Kooperation im Kampf gegen das organisierte Verbrechen;
4. im Zusammenhang mit den Ostseerats-Gesprächen über die Etablierung einer Freihandelszone im nordwestlichen Ostseeraum einschließlich der Exklave Kaliningrad auf eine baldige Verbesserung der teilweise von den Betroffenen als schikanös empfundenen Grenzabfertigungen zu drängen;
5. die EU-Kommission in diesem Zusammenhang zu einer Prüfung aufzufordern, inwieweit der Aktionsplan der „Nördlichen Dimension“ durch die russisch-litauische „Nedden-Initiative“ ergänzt werden könnte, mit der beide Länder eine weitgefächerte Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft, Energie, Transport, Umwelt, Kriminalitätsbekämpfung, Grenzsicherung und Kulturaustausch vereinbart haben;
6. komplementär zu diesem Aktionsplan während des bis zum 1. Juli 2001 fortdauernden deutschen Vorsitzes im Ostseerat eine deutsche Initiative zur Einbindung der Region Kaliningrad/Königsberg in die regionale Kooperation und Entwicklung im Ostseeraum zu ergreifen und sie anlässlich der vom 21. bis 23. März 2001 in Kaliningrad geplanten Baltic Sea States Sub-regional Conference einzubringen;
7. in diesem Rahmen noch vor dem EU-Beitritt Polens und Litauens auf die Etablierung eines regionalen Grenzregimes hinzuwirken, das sowohl den Anforderungen des Vertrages von Schengen zur wirksamen Sicherung der EU-Außengrenzen als auch dem Erfordernis eines erleichterten regionalen Grenzverkehrs und Handels gerecht wird;
8. gegenüber der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft darauf zu drängen, das von der EU-Kommission vorgelegte Diskussionspapier über derartige flexible Grenzregelungen, z. B. die Einführung einer „leichten Visazone“ oder vereinfachte Verfahren für die Ausstellung von Sichtvermerken im so genannten Kleinen Grenzverkehr, möglichst zügig zu beraten und zu implementieren;
9. sich darüber hinaus gegenüber der Europäischen Kommission für die möglichst zügige Einleitung und Umsetzung weiterer Fördermaßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur und zur Unterstützung wettbewerbsfähiger Wirtschaftszweige, insbesondere im Bereich Telekommunikation, Umweltschutz, Handel und Finanzwesen und von mittelständischen Betrieben sowie für Maßnahmen einzusetzen, die auf eine Anpassung der Produktion im Kaliningrader Gebiet an europäische Normen und Standards abzielen;

10. sicherzustellen, dass die Regierung der Russischen Föderation an der Formulierung und Implementierung sämtlicher Projekte und Fördermaßnahmen für das Kaliningrader Gebiet sowohl im Rahmen der Europäischen Union als auch des Ostseerats umfassend beteiligt wird und die sich hieraus ergebene Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit in dem 1997 ratifizierten „Kooperations- und Partnerschaftsabkommen“ zwischen Russland und der EU zusammengeführt werden;
11. sich gegenüber den EU-Partnern, aber auch gegenüber der russischen Regierung für die Eröffnung einer Ständigen Vertretung der Europäischen Union einzusetzen, die neben der Wahrnehmung spezifisch europäisch-russischer Belange auch – soweit möglich – mit der Vertretung bilateraler Interessen der EU-Mitgliedstaaten im Kaliningrader Gebiet betraut werden sollte;
12. den zügigen Ausbau der im Herbst 2000 an der Universität Kaliningrad eingerichteten „Euro-Fakultät“ in den Fächern Wirtschaft, Politische Wissenschaft und Rechtswissenschaften zu fördern;
13. der russischen Seite klarzumachen, dass die von allen Seiten gewünschte enge zukünftige Rolle des Kaliningrader Gebietes als Bindeglied zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union ein höheres Maß an administrativer Autonomie der Exklave voraussetzt;
14. die sich im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung für die Exklave Kaliningrad ergebenden spezifischen Probleme und die hierfür erarbeiteten Lösungsansätze auch auf die Tagesordnung des NATO-Russland-Rates mit dem Ziel zu setzen, hieraus sicherheitspolitische Schlussfolgerungen – auch im Hinblick auf eine eventuelle zukünftige weitere NATO-Öffnung – zu ziehen;
15. in den bilateralen Beziehungen zu der Region die Fortsetzung der wertvollen Arbeit des Deutsch-Russischen Hauses in Kaliningrad/Königsberg sicherzustellen;
16. sich gegenüber der russischen Regierung und der polnischen Regierung für die Wiederaufnahme einer Zugverbindung zwischen Berlin und Kaliningrad einzusetzen und zu prüfen, inwieweit hierfür auf Fördermittel der Europäischen Union zurückgegriffen werden könnte;
17. in Zusammenarbeit mit dem Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft der russischen Regierung und der Kaliningrader Verwaltung eine Initiative zur gezielten Förderung deutscher Investitionen in der Exklave zu ergreifen;
18. sich im Einvernehmen mit der deutschen Kriegsgräberfürsorge und der Kaliningrader Verwaltung für den Erhalt und die Pflege des Massengrabes deutscher Soldaten auf dem Friedhof der Kaliningrader Swjato-Nikolskiy-Kirche einzusetzen.

Berlin, den 16. Januar 2001

Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Irmer
Ina Albowitz
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke

Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Ina Lenke

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion